

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/222

20. November 1975

Spanien vor einem neuen Weg

Francos Tod beeinflusst auch die Entwicklung Europas

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und außenpolitischer  
Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 / 44 Zeilen

Der dreigeteilte Erfolg von Rembouillet

Die erste Nagelprobe folgt schon im Dezember

Seite 2 und 3 / 53 Zeilen

Dritte Welt auch ein innenpolitischer Faktor

Zur Fortschreibung der entwicklungspolitischen Konzeption

Von Dr. Uwe Hoitz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit

Seite 4 und 5 / 76 Zeilen

CDU/CSU - ein Risiko auch für die Pressefreiheit!

Kohl-Sprecher Weiskirch lieferte das öffentlich Indiz

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 6 und 6a / 64 Zeilen

Auslandsbericht des SPD-Pressedienstes

Polen - Mitte November 1975

Anmerkungen zu einer politischen Reise

Von Hermann P. Reiser MdB

Seite 7 und 8 / 50 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hauptallee 2-10  
Postfach: 130 488  
Postleitzahl: 5300 Bonn 12  
Telefon: 37 66 37 - 38  
Telefax: 37 66 38 - 40 ppon 4

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Spanien vor einem neuen Weg  
-----

Francos Tod beeinflusst auch die Entwicklung Europas

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und außenpolitischer  
Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Tod des spanischen Diktators Francisco Franco ist ein tiefer Einschnitt in die Geschichte Spaniens. Er hat zugleich Auswirkungen auf die politische Entwicklung in Europa. Daß Franco über zwei Generationen hinweg das Schicksal Spaniens mit uneingeschränkten diktatorischen Vollmachten geprägt hat, bekräftigt die Tatsache, daß mit seinem Tode auch das System, das die Grundlage seiner Herrschaft war, zutiefst erschüttert ist.

Weder Franco selbst noch die ihn tragende Falange, aber auch nicht die Staatsbürokratie waren fähig, dem spanischen Volk ein Staatsziel zu geben. Insoweit bedeutet allein der Tod Francos bereits einen Bruch mit der Vergangenheit. Mit diesem Tode wird die durch Franco erzwungene Isolierung des spanischen Staates und des spanischen Volkes in Europa enden.

Die Übernahme der Machtbefugnisse durch den Prinzen Juan Carlos ist durch das bisherige System vorgezeichnet. Die Antwort auf die Frage, ob der vom Alleinherrscher Franco designierte Regent die Aussöhnung des spanischen Volkes glaubhaft anstreben wird und ob er fähig ist, alle Gruppen des spanischen Volkes, vor allem die längst formierten demokratischen Kräfte als Parteien im Staate zu beteiligen, wird entscheidend den Weg Spaniens in unmittelbarer Zukunft bestimmen.

Sollte Juan Carlos demokratische politische Parteien zulassen, dann sollte ihm eine faire Chance zur Entfaltung der Demokratie in Spanien gegeben werden. Eine Annäherung an Europa wird nur bei der Gewährung demokratischer Freiheitsrechte möglich sein; dazu gehören Pressefreiheit, Meinungs-freiheit, freie Betätigung für politische Parteien und Durchführung freier Wahlen. Es wäre für das demokratische Europa ein ermutigendes Zeichen, wenn Juan Carlos durch eine politische Amnestie einen Beitrag zur Aussöhnung des spanischen Volkes leisten würde.

Unter den demokratischen Parteien Spaniens ist die Sozialistische Arbeiter-Partei Spaniens (PSOE) für die deutsche Sozialdemokratie die entscheidende Kraft, die fähig ist, die progressiven Kräfte Spaniens zu einigen. Mit der PSOE und ihrem Vorsitzenden, dem Ersten Sekretär Felipe Gonzalez Marquez, wird der demokratische Sozialismus die künftige Entwicklung Spaniens mitgestalten.

(-/20.11.1975/wi/ee/pr)

+ + +

### Der dreigeteilte Erfolg von Rambouillet

---

Die erste Nagelprobe folgt schon im Dezember

Wer sich von dem Treffen in Rambouillet versprochen hatte, was die Beteiligten erwarteten, ist gewiß nicht enttäuscht worden. Er mag auch mit gutem Recht von einem Erfolg der dreitägigen Beratungen im Schloß bei Paris reden. Und die Substanz dieses Erfolgs wird auch nicht durch die Tatsache geschmälert, daß er - beinahe zwangsläufig - dreigeteilt geriet.

Denn aus der Bilanz ragen die Verabredungen über die praktische Konjunktur- und Wirtschaftspolitik einerseits und die monetären Perspektiven andererseits hervor, über denen gemeinsam die Tatsache steht, daß die Veranstaltung von Rambouillet ein politisches Ereignis von außerordentlicher Bedeutung gewesen ist; auch wenn es zweifellos nicht nur ein Schönheitsfehler war, daß zwar Italien unter anderem in seiner Funktion als derzeitiger Ratsvorsitzender, die Europäische Gemeinschaft als Institution jedoch nicht vertreten war. Dies mag zumindest die Holländer gestört haben, deren wirtschaftliches Gewicht dem Italiens doch kaum nachsteht.

Gleichwohl haben die Sechs in Rambouillet die Marschroute für den Nord-Süd-Dialog abgesteckt, für jene Konferenz also, die im Dezember die erste Nagelprobe für die Vereinbarungen von Rambouillet sein wird. Und da neigt man in der Tat nicht zu Unrecht jener Vorstellung zu, daß es höchste Zeit für die demokratisch regierten großen Industrienationen war, zu dokumentieren, daß sie künftig nicht mehr als Einzelkämpfer versuchen wollen, die monetären Probleme, die wirtschaftlichen Grundschwierigkeiten der Dritten Welt und die eigenen Konjunkturkrisen zu bewältigen.

Es mag das Bild bei sachlicher Betrachtungsweise ein wenig stören, aber an der Formulierung, daß in Rambouillet eine Front der parlamentarischen Demokratie aufgebaut worden ist, scheint mehr als nur Gefallen

en attraktiven Formulierungen mitgewirkt zu haben. Deshalb ist allein schon der geglückte Versuch, mit Hilfe einer gemeinsam gezogenen und dann auch akzeptierten Bilanz erst einmal den eigenen Standort zu bestimmen, nicht allein wirtschafts- und finanzpolitisch bedeutsam, sondern auch politisch schlechthin ein Signal.

Da spielt beispielsweise das eindeutige Bekenntnis zum freien Welthandel nicht nur deshalb eine bedeutsame Rolle, weil sich gerade bei vier der sechs teilnehmenden Länder protektionistische Tendenzen an die Oberfläche der praktischen Politik zu zeigen begannen. Dies geschah offenbar auch, aber keineswegs zuletzt in der Erkenntnis, daß ein freier Handel zwischen den Industrienationen, aber auch zwischen ihnen und der Dritten Welt die entscheidende Quelle für ein Fortbestehen der Chance auf einen globalen Wohltand ist.

Eine wichtige Voraussetzung für eine Stabilisierung des globalen Aufschwungs ist zwangsläufig, die in Unordnung geratenen Wechselkurse wieder halbwegs auf Vordermann zu bringen. Die prinzipielle Einigung auf die Methode dafür ist - nimmt man die Praktikabilität als Maßstab - der wohl herausragende Erfolg von Rembouillet. Und zwar in erster Linie deshalb, weil die beiden bisherigen Kontrahenten der monetären Philosophie - Frankreich und die USA - wenn auch nicht ganz freiwillig, aber immerhin die entscheidenden Barrieren abgebaut haben. Das hat für die anderen, in Sonderheit für die stark exportorientierte deutsche Industrie den Vorteil, daß ihre Kosten- und Ertragskalkulation nun wieder anhand konkreterer Wechselkurse erfolgen kann: ein Umstand, der bei nationalen Bemühungen gegen die Arbeitslosigkeit nicht außer acht gelassen werden darf.

Theodor Tremmes  
(-/20.11.1975/wl/ea/pr)

+ + +

### Dritte Welt auch ein innenpolitischer Faktor

---

#### Zur Fortschreibung der entwicklungspolitischen Konzeption

Von Dr. Uwe Haltz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Konfrontation und Konfliktstrategie sind selten gute Ratgeber der Politik. Heute sind Kooperation und Konsultation geboten. Die zweite Fortschreibung der entwicklungspolitischen Konzeption vom Herbst 1975 trägt diesen Erfordernissen Rechnung. Auch terminologisch kündigt sich das verstärkte Bemühen um die Entwicklungsländer an: Der Begriff Hilfe wird überall, wo möglich und sinnvoll, durch Partnerschaft, Zusammenarbeit oder Politik ersetzt.

So soll die Entwicklungspolitik die internationale Kooperation fördern und einer Konfrontation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern entgegenwirken. Ziel der Bundesregierung ist es, zu einer Fortentwicklung der Weltwirtschaftsordnung beizutragen, bei der marktwirtschaftliche Prinzipien gewahrt bleiben und der Grundsatz der internationalen Solidarität sowie der Schutz der schwächeren Partner beachtet werden. Angesichts der notwendig gewordenen Konzentration der zur Verfügung stehenden Mittel hat die entwicklungspolitische Konzeption erfreulicherweise deutlich markiert, in welchen Sektoren und Regionen die Prioritäten liegen sollen. An erster Stelle nennt sie jetzt die Strukturverbesserung in ländlichen Regionen und die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung.

Zu begrüßen ist, daß Bereiche, deren Förderung entwicklungspolitisch umstritten ist, wie z. B. der Tourismus, nicht mehr aufgeführt werden. Die entwicklungspolitische Konzeption ist auch insofern aktualisiert, als sinnvolle Vorschläge und Forderungen der internationalen Konferenzen (Walter-Nährungs-, Bevölkerungs-, Frauenkonferenz und UNIDO-Tagung) berücksichtigt sind. Neue Wege der Zusammenarbeit werden aufgezeigt: technische Zusammenarbeit gegen Entgelt, aufgefächerte Kreditkonditionen und trilaterale Kooperation.

Zu dem Konzentrationsprozeß gehört auch, daß das sog. Gießkannenverfahren beendet sein muß, daß also nicht alle Entwicklungsländer Mittel aus dem Entwicklungsetat der Bundesrepublik erhalten können. Die Entwicklungsländer selbst sind frei, mit uns eine Zusammenarbeit anzustreben, und wir haben die Freiheit, uns die Empfängerländer auszusuchen. Deshalb ist es gut, daß die Bundesregierung in der entwicklungspolitischen Konzeption neben den eigenen Interessen auch die Kriterien der Mittelvergabe offenlegt, wie Bedürftigkeit, Aufnahmefähigkeit für Kapital und Know how, Eigenanstrengungen und Entwicklungsaussichten.

Die Sozialdemokraten meinen darüber hinaus, daß die sozialökonomische und politische Struktur im Entwicklungsland die Befriedigung der Grundbedürfnisse ermöglichen sollte, und daß der Verteilungsgerechtigkeit und der Respektierung der Menschenrechte starke Beachtung zu schenken sind.

Die Bundesregierung hat die anlässlich der Anhörung über die multinationalen Unternehmungen vom Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenar-

beit ausgesprochenen Empfehlungen mit berücksichtigt. Sie spricht sich in der Konzeption für einen Verhaltenskodex für transnationale Unternehmen und für einen verbesserten Technologietransfer in die Entwicklungsländer aus. Erfreulich ist, daß sich die Bundesregierung an dem sterilen Herumhacken auf den Vereinten Nationen nicht beteiligt. Vielmehr heißt es in der Konzeption, daß sie die Vereinten Nationen als zunehmend wichtiges Forum für den Interessenausgleich zwischen Entwicklungs- und den Industrieländern betrachtet.

Das stark veränderte und ergänzte Kapitel Handels- und Währungspolitik macht deutlich, daß zumindest gleichberechtigt neben der öffentlichen Entwicklungshilfe das breite Feld der wirtschaftlichen Zusammenarbeit steht. Und hier wird deutlich, daß die Bundesrepublik eine aktive Südpolitik betreibt und bereit ist, den Entwicklungsländern entgegenzukommen.

Die Bundesregierung sagt in ihrer entwicklungspolitischen Konzeption aber erstmalig auch, was sie im Wirtschaftsbereich von den Entwicklungsländern erwartet. Sie läßt die Entwicklungsländer nicht mehr über ihre Essentiale im unklaren:

- Bei der Fortentwicklung der Weltwirtschaftsordnung müssen marktwirtschaftliche Prinzipien gewahrt bleiben;
- bei der privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit sind Rechtssicherheit und ein gesundes Investitionsklima notwendig;
- durch die Garantie stabilerer Exporterlöse für die Entwicklungsländer will die Bundesrepublik gleichzeitig eine stetige und ausreichende Versorgung der eigenen Wirtschaft mit Rohstoffen zu angemessenen Preisen sichern;
- Strukturanpassungen in der Bundesrepublik, die die internationale Arbeitsteilung gerechter gestalten sollen, dürfen nicht zu schwerwiegenden Störungen bei Produktion und Beschäftigung in der Bundesrepublik führen.

Dritte-Welt-Probleme sind zu einem innenpolitischen Faktor geworden; auch dies macht die entwicklungspolitische Konzeption deutlich. Es läßt sich abschließend feststellen, daß die sozialliberale Koalition mit dieser entwicklungspolitischen Konzeption eine Dritte-Welt-Politik verfolgt, die herkömmliche außenpolitische und außenwirtschaftliche Elemente mit entwicklungspolitischen Erkenntnissen sinnvoll integriert. Die Bundesregierung trägt mit der Fortschreibung der entwicklungspolitischen Konzeption der veränderten Weltlage voll Rechnung.

(-/20.11.1975/w1/e/pr)

+ + +

CDU/CSU - ein Risiko auch für die Pressefreiheit!

Kohl-Sprecher Weiskirch lieferte das öffentliche Indiz

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Unduldsamkeit und Aggressivität gegenüber kritischem Journalismus gehören bereits zur Tradition der CDU/CSU. Die im Grundgesetz verankerten Begriffe der Informations- und Meinungsfreiheit wurden in diesem Lager für die Praxis schon frühzeitig auf eigene Parteiinteressen verengt. Dieser Mangel an Respekt vor Grundwerten einer Demokratie hat sich noch erschreckend gesteigert, nachdem die Union der Regierungsmacht in Bonn entsagen mußte.

Seit 1970 rollt denn auch eine regelrechte Kampagne der C-Parteien zur Einschüchterung oder sogar Ausschaltung publizistischer Stimmen, die nicht gewillt sind, eine baldige Rückkehr der CDU/CSU an die Regierungsgewalt für eine nationale Notwendigkeit zu halten und entsprechende Beiträge zu veröffentlichen. Eine nochmalige Verschärfung dieser Pressions-Strategie zeichnet sich in diesen Tagen ab. Nach dem Verlauf des SPD-Parteitages in Mannheim und seinem überwiegend positiven Echo in Berichten und Kommentaren bei einem nahezu gleichzeitigen politischen und logischerweise auch publizistischen Tief der Opposition haben die Medien-Kontrolleure in der CDU-Zentrale offensichtlich endgültig die Nerven und damit auch letzte Hemmungen verloren.

Das öffentliche Indiz dafür lieferte CDU-Sprecher Willi Weiskirch - selbst ein Journalist! - den Bonner Redaktionen und Korrespondenten schwarz auf weiß. Er bezeichnete einen Kommentar des WDR-Redakteurs Ulrich Blank über die Situation der Opposition und die Kräfteverhältnisse in ihrer Führungsspitze als "einen bemerkenswerten Höhepunkt parteipolitischer Einseitigkeit und Demagogie". Und er nannte Blanks durchaus realistische und keineswegs isolierte Bewertung der Rollen- und Gewichtsverteilung zwischen dem Kanzlerkandidaten Dr. Kohl und dem tatsächlichen Oppositionschef Franz Josef Strauß eine "Entglei-

sung", von der sich der WDR in einer "amtlichen Erklärung distanzieren" müsse. Schließlich verstieg sich Weiskirch auch noch zu der Forderung, bei solchen, der Opposition rügenswert erscheinenden Kommentaren müßten von der jeweiligen Sendeanstalt der CDU und CSU gleiche Sendezeiten zur Verfügung gestellt werden.

Aus diesem enthüllenden Vorgang sind folgende Feststellungen abzuleiten:

- 1/ Die CDU will das grundgesetzlich garantierte Recht auf Meinungsäußerung für Journalisten einschränken, wenn es sich um kritische Bewertung oder Darstellung ihrer eigenen Politik, ihrer Strukturen oder ihrer inneren Probleme handelt.
- 2/ Die CDU fordert die Leitung öffentlich-rechtlicher und unabhängiger Sendeanstalten ultimativ und drohend auf, Mitarbeiter zu verurteilen und zu disziplinieren, die von selbstverständlichen Rechten im Rahmen ihres journalistischen Auftrages Gebrauch machen.
- 3/ Die CDU will den für Tatsachenbehauptungen berechtigten und gültigen Anspruch auf Gegendarstellung auf den Bereich der journalistischen Meinungsäußerung ausweiten, den Kommentar-Proporz einführen und damit die freie Publizistik in unserem Lande sterilisieren.

Der spezielle Vorgang, an den diese Forderungen zu knüpfen sind, ist im Übrigen nur die Spitze eines Eisbergs. Eine Reihe von ähnlichen, unter der Schwelle der Öffentlichkeit erfolgten Interventionen lassen den eindeutigen Schluß zu, daß die um sich greifende tiefe Depression in der CDU in erhöhte Aggression gegenüber "unbotmäßige" Organe und Mitarbeiter im Bereich der Massenmedien umgesetzt wird.

Daraus folgt: Die CDU ist in ihrem gegenwärtigen Zustand auch ein Risiko für die verfassungsmäßig garantierte Informations- und Meinungsfreiheit in unserem Lande. Für die CSU, deren Selbstverständnis auf diesem Gebiet durch "Bayernkurier" und "Deutschland-Magazin" markiert und fixiert ist, gilt dies ohnehin seit langem. (-/20.11.1975/bgy/e)

+ + +



Auslandsbericht des SPD-Pressedienstes

Polen - Mitte November 1975  
-----

Anmerkungen zu einer politischen Reise

Von Hermann P. Reiser MdB

Die neuen Hochhäuser der ostpolnischen Stadt Lublin liegen zum Greifen nahe. Eine winterliche Sonne steht schon tief am bleibblauen Himmel. Ein scharfer Wind streicht über das einsam trostlose Gelände. Von einem der hölzernen Wachtürme flattern einige Krähen auf. Der Pole, ein ehemaliger Widerstandskämpfer, der die Baracken, Gaskammern und Verbrennungsöfen des NS-Vernichtungslagers Maydanek zeigt, erklärt sechlich und mit leiser Stimme. Seine noble Zurückhaltung ist bewundernswert. Zum Schluß des weiten Rundgangs fragt er nur knapp: "Glauben Sie denn, daß diese Erinnerungsstätte noch ihren Sinn erfüllt - als Mahnung für alle und alle Zeiten?" Er fragt nicht nach dem Maydanek-Prozeß, der gerade in Düsseldorf beginnt.

Wer in diesen Tagen Polen besucht, in dem die Spuren des letzten Krieges überall noch lebendig sind, spürt nachhaltig die Betroffenheit der politisch Interessierten und Nachdenklichen. Niemand hat Verständnis für die Haltung von Strauß, der CDU/CSU und ihrer winzigen Mehrheit im Bundesrat zu dem unterzeichneten Abkommen. Die Kommentatoren der polnischen Zeitungen sprechen von einem Kurs, der den "Kalten Krieg" wieder aufleben läßt. Die Forderungen der rechten Opposition in der Bundesrepublik seien völlig unreal und absolut unerreichbar. Und der stellv. Außenminister Józef Czyrek erläutert in seinem Warschauer Ministerium: "Wir sind der Bundesrepublik so weit entgegengekommen wie wir nur konnten. Weiter geht es nicht mehr!" Einer der führenden Kolumnisten Polens, Ryszard Wojna, schreibt in der auflagenstärksten Zeitung des Landes, im Zentralorgan der Arbeiterpartei "Trybuna Ludu": "Wenn also die Op-

position in der BRD wirklich das Inkrafttreten der Vereinbarungen von Helsinki von der Erfüllung ihrer Elf-Punkte-Forderung abhängig macht, dann kann sie sich nicht darüber täuschen, daß wir dies als einen entschiedenen Ausdruck des schlechten Willens und der Torpedierung der Normalisierung zwischen unseren Ländern ansehen."

Unter den Abgeordneten des polnischen Parlamentes, des Sejm, wird auch enttäuscht bemerkt, daß etliche westdeutsche Zeitungen in "kleinkarierten Buchhalterrechnungen" schwelgten, in denen die tragischen Belastungen der Vergangenheit so gar keine Rolle mehr spielten oder der angebliche und vorgeschobene Versöhnungswille der CDU/CSU nur als tarnende Deklaration mißbraucht würde. Marian Rakowski, der Sejm-Abgeordnete von Grünberg in Schlesien und Chefredakteur der renommierten Warschauer Wochenzeitschrift "Polityka": "Wenn die Aufrechnung unbedingt weitergeführt werden soll - wir haben noch genügend Dokumente in den Archiven!" Manche Sejm-Abgeordnete sind empört darüber, daß ein führender CDU-Politiker wie Heinrich Windelen sich in Polen als versöhnungsbereiter, entgegenkommender Gesprächspartner gebe, dann zuhaus aber wieder den Spieß umdrehe. Auch Wahlkampf-Spekulationen könnten derart unfeine Methoden nicht erlauben.

Nochmals der Warschauer Publizist Ryszard Wojna in einem Kommentar: "Es ist nicht unsere Sache, uns den Kopf über die Folgen dieser Isolierung der CDU/CSU in der internationalen Politik zu zerbrechen, doch die Tatsache, daß die Partei so hartnäckig auf den Positionen des deutschen Nationalsozialismus beharrt, muß Besorgnis erwecken."

(-/20.11.1975/bgy/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller